



**Antrag zum Bundesausschuss
in Duisburg
30.09. - 01.10.2006**

Antragsteller: Bundesvorstand

**Betrifft: Armut hat ein junges Gesicht!
Wir wollen Löhne, von denen wir leben können.**

Der Bundesausschuss möge beschließen:

1 Massenarbeitslosigkeit - und damit auch Jugendarbeitslosigkeit - ist keine kurzfristige
2 Erscheinung. Armut hat heute ein junges Gesicht. Viele Eltern, auch der Kinder und
3 Jugendliche, die sich in unserem Verband organisieren, sind von Arbeitslosigkeit und Armut
4 betroffen oder arbeiten in unsicheren, sog. „prekären“ Beschäftigungsverhältnissen. Selbst
5 junge Erwachsene starten ihr Arbeitsleben in unsicheren Beschäftigungsbedingungen oder sind
6 von Arbeitslosigkeit betroffen.

7 Die Arbeitswelt hat sich geändert. Bis in die 80er Jahre war der Arbeitskampf von materiellen
8 Verbesserungen für die abhängig Beschäftigten geprägt. Immer mehr Bevölkerungsgruppen
9 konnten gut von ihrem Lohn leben. Seit etwa Mitte der 90er Jahre, insbesondere in den letzten
10 fünf Jahren, gibt es eine entgegengesetzte Entwicklung. Die Zahl der nicht existenzsichernden
11 Beschäftigungsverhältnisse steigt dramatisch, indem vor allem bisherige Arbeit zunehmend in
12 derartige Beschäftigung umgewandelt wird. Der sog. Niedriglohnsektor in Form von extrem
13 geringen Stundenlöhnen, Minijobs und fehlender Sozialversicherung wird immer mehr
14 ausgeweitet. Lohndumping, Beschneidung der ArbeitnehmerInnenrechte und Reduzierung der
15 betrieblichen Mitbestimmung stehen auf der Tagesordnung. Dadurch werden bestehende
16 Beschäftigungsverhältnisse ebenfalls stark unter Druck gesetzt.

17 Die Spirale des Lohndumpings kennt keine Grenze nach unten. Die Angst vor dem Verlust des
18 Arbeitsplatzes zerschlägt die organisierte Solidarität und ermöglicht sog. Wettbewerbspakete
19 (Lohnverzicht, Aufgabe von Schichtzuschlägen, etc.). In rasantem Tempo entwickeln sich „neue
20 flexible Erwerbsverhältnisse“ ebenso, wie verheerende Beschäftigungsverhältnisse im
21 Niedriglohnsektor, z.B. in der Gastronomie und im Dienstleistungsbereich. In der Folge
22 entstehen immer größere tariffreie Zonen. Mehr als 2,5 Mio. Menschen arbeiten in Deutschland
23 zu Armutslöhnen; 1 Mio. ArbeitnehmerInnen sind zusätzlich zu ihrem Einkommen auf Hartz IV
24 angewiesen. Ob mit oder ohne abgeschlossener Berufsausbildung, und trotz der Bereitschaft
25 zu Mobilität und Leistung reicht das Einkommen nicht mehr für ein würdiges Leben mit der
26 Möglichkeit zu gesellschaftlicher Teilhabe aus. Stundenlöhne von drei und weniger Euro pro

27 Stunde gelten als zumutbar. Diese „Zumutbarkeit“ akzeptieren wir nicht. Insbesondere Frauen,
28 ArbeiterInnen mit Migrationshintergrund und junge abhängig Beschäftigte sind Opfer prekärer
29 Arbeit.

30 Ein Mindestlohn kann helfen immer größer werdenden Lohnunterschieden entgegen zu wirken
31 und Lohndiskriminierung gerade von Frauen zu reduzieren. Jedoch kann der Mindestlohn nur
32 die unterste Grenze der Entlohnung sein. Als Mindeststandard soll er Arbeitskräfte schützen,
33 bei denen der ausgehandelte Lohn ein Armutslohn ist oder dort, wo gar keine Tarifverträge
34 existieren.

35 Die gesellschaftliche Ausgrenzung, die mit der Arbeitslosigkeit einhergeht, aber auch die Angst
36 vor ihr, prägen das Aufwachsen vieler Kinder und vererben sich als Tendenz zu gefestigter
37 Armut. Diese Lebenssituation beschränkt die Lebensplanungen und Möglichkeiten an der
38 gesellschaftlichen Partizipation. Die Konsequenzen der Massenarbeitslosigkeit sind gerade für
39 Kinder und Jugendliche nicht hinnehmbar. Für uns steht der Mensch als Ganzes im Mittelpunkt
40 und nicht das Interesse an seiner objektiven Verwertbarkeit.

41 Als Kinder- und Jugendverband, als Lohnabhängige und als diejenigen, die ihr Leben
42 solidarisch gestalten wollen ohne zu buckeln und zu treten, unterstützen wir die Forderung nach
43 einem gesetzlichen Mindestlohn. Diese ist eine defensive und Abwehrforderung, aber sie ist
44 aus unserer Sicht notwendig und richtig. Bei der Ausgestaltung des gesetzlichen Mindestlohns
45 soll die Tarifautonomie erhalten bleiben. Der gesetzliche Mindestlohn kann nur als letzte
46 Haltelinie nach unten dienen. Weiterhin halten wir an unserer Forderung nach einer
47 allgemeinen Arbeitszeitverkürzung fest, denn Arbeit muss sinnvoller und gerechter verteilt
48 werden. Das Argument der neoliberalen Strategen, sinkende Löhne würden die Arbeitslosigkeit
49 zu überwinden helfen, ist längst als Propaganda entlarvt. Nur weil der Preis der Arbeitskraft
50 gedrückt wird, heißt das noch lange nicht, dass mehr Arbeitskräfte eingesetzt werden, sondern
51 dient lediglich der Profitmaximierung und führt zur Umverteilung von unten nach oben. Auch der
52 Kündigungsschutz ist ein Grundpfeiler der Arbeit in Würde und muss im vollem Umfang
53 gesichert werden.

54 Für die SJD – Die Falken sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse nicht akzeptabel.
55 Mindestlöhne können nur einen Beitrag zur Existenzsicherung leisten, jedoch sind
56 insbesondere junge Menschen auf Schutz vor extremer Ausbeutung in prekärer Arbeit
57 angewiesen.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

sonstiges: